

salen und Thaten, aber das ist eben, unter dem großen Churfürsten, wie unter dem großen Friedrich und unter dem dritten Friedrich Wilhelm, überall nur da der Fall, wo Preußens Regenten und Volk sich als Deutsche fühlten, wo sie die Träger des deutschen Namens und deutscher Ehre waren, wo sie als Deutsche litten und siegten.

Also kein Deutschland ohne Preußen, kein Preußen ohne Deutschland, und daraus ergibt sich für den uns obliegenden Vorwurf das praktische Ergebnis, daß so wie bereits in die Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848 viele von den damals vom Reichsparlamente zu Frankfurt für ganz Deutschland angenommen gewesenen Grundrechtsätze aufgenommen worden sind, der königliche Vorbehalt im Art. 111 der Verfassung, welcher dahin lautet:

Sollten durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen des gegenwärtigen Verfassungsgesetzes nöthig werden, so wird der König dieselben anordnen, und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer nächsten Versammlung mittheilen.

Die Kammern werden dann Beschluß darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutschen Verfassung in Uebereinstimmung stehen.

unbedingt dahin aufgestellt werden muß:

Die Reichsgeetze sind bindend für Preußens Bürger und Gerichte. Der König veröffentlicht dieselben, und setzt die nächsten Kammern wie dies geschehen davon in Kenntniß. —

Der Bürgerverein wolle diese Ansicht zum Beschlusse erheben und dieserhalb in vorbereiteter Art petitioniren. Fortsetzung folgt.

## Deutschland.

**Berlin, 3. Febr.** Unsere Regierung hat es bei den in ihrer Circular-Note an die deutschen Höfe angedeuteten Wünschen nicht hemenden lassen. Sie hat bereits einen Vorschlag den betreffenden Regierungen zur Begutachtung unterbreitet. Danach soll Deutschland in sieben Reichskreise eingetheilt werden. Diese Einteilung soll so geschehen, daß Oesterreich, Preußen und Baiern je einen Kreis bilden; Hannover, Oldenburg, die beiden Mecklenburg und die Hansestädte zusammen einen; Würtemberg und Baden einen; die beiden Hessen, Nassau und die kleineren Rheinufer-Staaten einen; endlich Sachsen und die thüringischen Staaten einen. Ein zweiter Vorschlag nimmt nur sechs Kreise an; Rhein Hessen würde Würtemberg und Baden, und Kurhessen Sachsen und Thüringen zugetheilt; dieser Vorschlag nimmt also einfach die Königreiche zur Grundlage. Diese sieben oder resp. sechs Kreise haben jeder einen Vertreter in dem neu zu bildenden Bundesrath, auch einen Vertreter bei den fremden Mächten. Der Bundesrath, welcher aus seiner Mitte den Präsidenten (vermuthlich wohl Oesterreich) ernennt, ist die vollziehende Behörde für den weiteren Bundesstaat. Dieser Plan schließt dann nicht aus, daß einzelne Kreise unter sich einen besonderen Verein zur gleichförmigen Durchführung gewisser politischer und commercieller Institutionen bilden, wie dies auch in der preussischen Note angedeutet ist. Die Frage der Herzogthümer Schleswig und Holstein so wie Limburgs ist hierbei noch offen gelassen, bis die künftigen Verhältnisse dieser Staaten definitiv festgestellt sind. Deutsche Allg. Ztg.

**Berlin, 1. Febr.** Der hiesige Magistrat erläßt heute zur Erledigung vielfacher Anfragen die wichtige Bekanntmachung, daß die städtische Feuerfocitätskasse den durch Aufruhr und Tumult entstandenen Brandschaden an Gebäuden zu ersetzen habe, und daß demnach die Entschädigungssumme auf die Berliner Hauseigen thümer vertheilt werden müsse. Bekanntlich leisten die Mobilien-Versicherungsanstalten keine Entschädigung für Brandschaden, der durch Aufruhr und Tumult verursacht worden.

Unsere Demokratie trägt sich bereits mit dem Gedanken einer großartigen Feier des 18. März. Wie wird sich Berlin freuen, an diesem Tage die ganze Schaar seiner aus der Verbannung zurückgekehrten Maulhelden sehen und dem Donner ihrer Freiheit verkündenden Reden andächtig horchen zu können. Es wäre Sammer schade, wenn der General Brangel eigensinnig genug sein wollte, um Berlin noch über diesen Tag hinaus in seiner gemüthlichen Ruhe zu belassen.

**C. Berlin, 3. Febr.** In den letzten Tagen haben hier wieder Arbeiterbewegungen stattgefunden. In Folge einer Verordnung des Magistrats, durch welche der gewöhnliche Lohnsatz, welcher früher erhöht worden, wieder eingeführt ward, hatten vor dem Oranienburger Thor mehrfache Berathungen von Arbeitern statt, denen sich Aufwiegler zugesellten. Vorgestern begab sich ein Zug von etwa 80 Arbeitern vor das berlinische Rathhaus, und verlangte umultarisch die Beibehaltung des höhern Lohns. Da die Schutz-

mannschaften nicht ausreichten, den Auflauf zu zerstreuen, so wurde Militär requirirt, bei dessen Anrücken sich die Menge, bis auf Wenige, die verhaftet wurden, zerstreute.

— Das Lokal für die Sitzungen der zweiten Kammer ist bereits so weit vollendet, daß eine Anzahl der dabei beschäftigten Arbeiter hat entlassen werden müssen. An dem Lokale zur ersten Kammer wird Tag und Nacht gearbeitet. — Das Militär ist zum Theil wieder in die Bürgerhäuser einquartirt worden, um bei den vielen leer stehenden Wohnungen dadurch den Hausbesitzern einen erwünschten Vortheil zuzuwenden.

**\* Frankfurt, 3. Febr.** Heute wurde der §. 7 des Entwurfs der „Gewähr der Reichsverfassung“ mit 242 gegen 206 Stimmen angenommen. Im Fall des Krieges oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Hausdurchsuchung und Versammlungsrecht, von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen: 1) die Verfügung muß in jedem einzelnen Fall von dem Gesamtministerium des Reiches oder Einzelstaates ausgehen; 2) das Ministerium des Reichs hat die Zustimmung des Reichstages, das Ministerium des Einzelstaates die des Landtages, wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als 14 Tagen dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden.

Weitere Bestimmung bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten. Für die Verkündung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft.

Die hiezu vorgeschlagenen Zusätze wurden sämmtlich verworfen.

**× Bonn, 5. Februar.** Wie sich aus dem Ergebnis der Wahl der Wahlmänner schließen ließ, wurde auch bei der am heutigen Tage statt findenden Hauptwahl unserer 3 Deputirten die constitutionelle Partei besiegt. Aber wider Vermuthen hat sich dabei gezeigt, daß sie bei größerer Energie und Thätigkeit noch keineswegs die Hoffnung auf den Sieg aufzugeben brauchten. Denn es fand erst unter den Wahlmännern der gemengten Land- und Stadtkreise von Bonn und Siegburg ein harter Wahlkampf statt. Hören sie nur! Bei der ersten Wahl kam der hier unter dem Namen des Ritters vom rothen Bande bekannte Professor Kinkel gegen Prof. Bauerband mit 236 Stimmen, d. h. mit einer Stimme über absolute Majorität durch. Statt nun von Seiten der constitutionellen Partei den Prof. Bauerband, dem wegen seiner anerkannten politischen wie theoretischen Tüchtigkeit auch manche Demokraten geneigt waren, festzuhalten, ließ man ihn fallen, und ihre Stimmen zersplitterten sich zwischen Bleibtreu von Siegburg und Kerb, Bürgermeister von Wezlar, und so brachten denn die Demokraten wieder ihren Candidaten, den schon bei der steuerverweigenden Fraction der vorigen National-Versammlung genannten Oekonom Becker aus der Gegend Duffernath durch mit 239 Stimmen; ebenso ihren dritten Candidaten endlich, den von hier gebürtigen Oberprocurator Schornbaum von Coblenz gegen den Oekonom Gräff aus Siefendorf mit 242 Stimmen.

**Wien, 30. Januar.** Heute verbreitet sich das Gerücht, die Festung Leopoldstadt sei nun gänzlich von den kaiserl. königl. Truppen genommen. Die Vorstädte und Außenwerke dieser Festung sind schon seit einigen Tagen von unseren Truppen besetzt. — Dem Verkehr der Dampfschiffe nach Pesth von Wien steht jetzt, da das Eis allenthalben gewichen, nur noch die Festung Komorn im Wege, welches Hinderniß aber auch in Kürze ohne Blutvergießen und Zerstörung beseitigt sein dürfte. Der Banus Jellachich soll den Titel eines Herzogs von Syrmien erhalten haben.

**Kassel, 2 Febr.** Vor einigen Tagen setzte hier der drohende Rücktritt des jetzigen volksthümlichen Ministeriums die Gemüther in fieberhafte Aufregung. Schon längst hatte sich das Gerücht von allerlei Schwierigkeiten und Hindernissen, welche namentlich dem Minister des Innern, Staatsrath Eberhard, bereitet wurden, verbreitet; indessen glaubten doch nur Wenige an eine wirkliche Gefahr, bis plötzlich am Morgen des 27. Januar die Kunde, Eberhard habe seine Entlassung nachgesucht, wie ein Lauffeuer die Stadt durchflog. Wohl selten ist eine Nachricht mit so allgemeinem Schreck, ja, zum Theil mit solchem Grimm aufgenommen worden, als diese. Die ernsthaftesten Austritte wären zu befürchten gewesen, wenn nicht das sofortige Zusammentreten der Stände-Versammlung und die nachdrücklichsten Erklärungen das drohende Unheil — abgewendet hätten. Es wäre so für dieses Mal die Gefahr beseitigt.

**Altona, 3. Febr.** In die Paulskirche zu Frankfurt ist so eben ein kriegerisch-originelles Gesuch abgegangen. Es ist dies die von 700 Altonaern unterzeichnete Adresse an die National-